

Geld ist genug da!

Der Haushaltsplan von Mörfelden-Walldorf hat ein Defizit von 14,6 Millionen Euro. Der Kämmerer meinte: „Die Stadt hat so viel Schulden gemacht, wie in den 40 Jahren davor.“

Die Städte und Gemeinden bluten aus. 2010 werden ihnen 15 Milliarden fehlen. Seit 2008 sind die Staatsschulden insgesamt um 180 Milliarden Euro angestiegen. Wer hat Schuld an den Schulden?

Hunderte Milliarden gehen auf das Konto der Bankenrettung. Aber bei der CDU/CSU/FDP-Regierung ist keine Rede davon, die Kosten „der Rettung“ bei den Banken, Spekulanten und Reichen zu kassieren. Dabei haben die schon in den letzten zehn Jahren mehr als 300 Milliarden an Steuergeschenken erhalten.

Bezahlen sollen vor allem die kleinen Leute, die Erwerbslosen. Und im öffentlichen Dienst werden 15.000 Stellen vernichtet.

80 Milliarden Euro will Merkel bis 2014 wegstreichen - sagen wir besser: umverteilen.

Ab 2012 beginnt die Einführung der Rente mit 67, die faktisch zu einer Kürzung der Rente führt.

Bei vielen Beschäftigten geht das Lohndumping weiter. Trotzdem müssen steigende Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt werden. In Zukunft müssen Beschäftigte und Rentner Zusatzbeiträge alleine tragen - faktisch kommt die Kopfpauschale durch die Hintertür.

Der jetzt angedrohte Sozialabbau wäre überflüssig, wenn die Regierung Reiche und Vermögende zur Kasse

bitten würde. Allein mit der Millionärsteuer wären Mehreinnahmen von 80 Milliarden Euro möglich.

Weshalb nicht Vermögen von mehr als einer Million Euro mit fünf Prozent besteuern? Mit solchen weiteren Schritten könnten insgesamt 160 Milliarden Euro zusätzliche in die Staatskasse sprudeln. Statt den Ärmsten in die Tasche zu greifen, wäre dann auch mehr und bessere Bildung, ein Ausbau der Infrastruktur und der ökologische Umbau möglich.

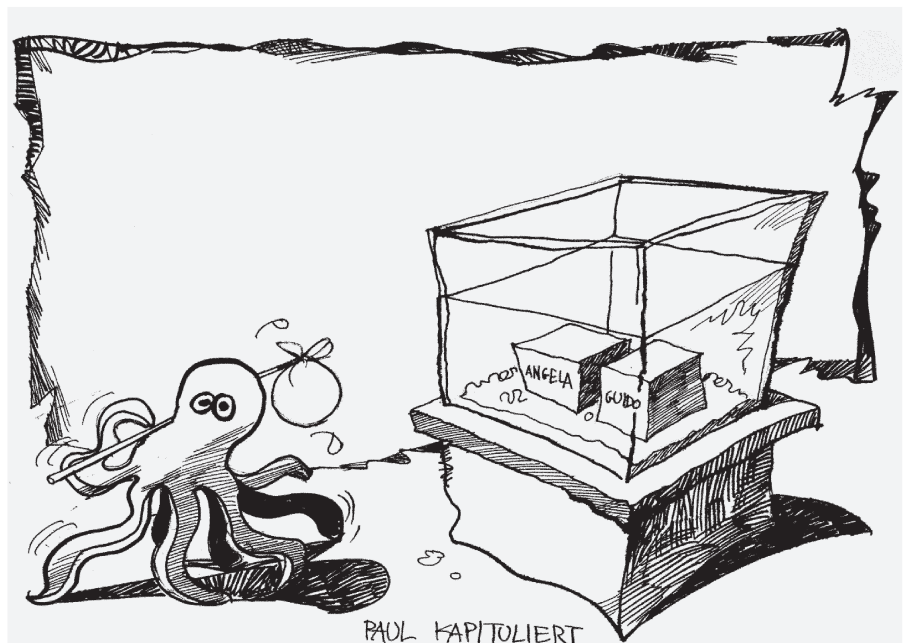
Ob der Angriff von oben abgewehrt werden kann, ob sogar ein Politikwechsel möglich ist, entscheidet sich am wenigsten im Parlament. Widerstand in den Betrieben und auf der Straße ist angesagt.

Der DGB hat beschlossen vom 24. Oktober bis 13. November Aktionswochen durchzuführen.

Proteste von Hunderttausenden können das politische Klima verändern. Am 13. November wird es an mehreren Orten dezentrale Demonstrationen geben. Bereits jetzt beginnen vielerorts vorbereitende Funktionärskonferenzen. Sozialverbände, Kirchen, attac und andere Gruppen der sozialen Bewegung werden dies unterstützen.

Die DKP sieht in solchen Aktionen eine wichtige Voraussetzung für politische Veränderungen in unserem Land.

Wir erwarten, dass auch SPD und Grüne - auch vor Ort - ihre Anhängerschaft mobilisieren. Damit eine breite, machtvolle Bewegung entsteht. Dann besteht die Chance, wirksam der schwarzgelben Regierung in den Arm zu fallen.



Wo Geld zu holen ist

In Deutschland gibt es mit Abstand die meisten Geld-Reichen in Europa. Ihre Zahl kletterte im Krisenjahr 2009 um 51.000 (+ 6,3%) auf 861.000, das sind mehr als Großbritannien (448.000) und Frankreich (383.000) zusammen. In Europa hatte ein Geld-Millionär im Durchschnitt 3,25 Millionen Dollar: Multipliziert mit der Zahl der deutschen Millionäre und auf Euro umgerechnet, ergibt das einen Geldschatz von von knapp 2.200 Milliarden Euro. Das gesamte Geldvermögen in Deutschland betrug Ende 2009 4.640 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Ein Prozent der Bevölkerung verfügt über fast die Hälfte (47%) des geldwerten Reichtums. Eine solche Reichtumskonzentration gab es noch nie.

Tatsache ist, die Finanzkrise führte nicht zu dem notwendigen, krisenmindernden Abschmelzen des gigantischen Geldüberhangs. Das wäre dann der Fall gewesen, wenn Banken, andere Geldinstitute und Spekulationsfonds echte Verluste hätten hinnehmen müssen oder gar Pleite gegangen wären, was aber durch die staatlichen Bankenrettungsschirme zu Lasten der Steuerzahler verhindert wurde. Oder wenn die gigantischen Geldvermögen durch eine wirksame Vermögens-, Reichtums- oder Millionärssteuer zumindest etwas abgeschöpft worden wären. Zehn Prozent Steuer auf die Geld-Millionäre hätten 2009 220 Milliarden an zusätzlichen Steuereinnahmen gebracht und wären noch nicht einmal an die Substanz gegangen, denn der Zuwachs des Geldvermögens betrug 14,2% in Europa. Mit dem Geld aber wären wirksame staatliche Investitionen in Gütern und Dienstleistungen, Struktur- und Bildungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Anhebung des Lebensniveaus möglich gewesen.

So aber legen die Geld-Reichen ihre gewachsenen Finanzmittel erneut in der Finanzindustrie an, drehen noch gewagtere Spekulationsräder und beschleunigen die Raserei an den Finanzmärkten. Und die staatlichen Rettungspakete ließen die Staatsschulden explodieren, mit der Folge,

dass mit Staatsanleihen dem Geldadel ein neues Anlagefeld eröffnet wurde, dieser jetzt auf den Bankrott ganzer Staaten spekulieren kann.

An dieser gigantischen Ausplünderung der Bevölkerung über die Staatsverschuldung und dem Diktat der Finanzmärkte ändern auch etwaige Finanzmarkt-Regulierungen nichts, wie sie jetzt von der Bundesregierung zum G-20-Gipfel vorgeschlagen wurden und die ohnehin nur kosmetischer Natur sind. Das Problem ist nicht der Damm, das Problem ist die Flut. Solange die Geldfluten nicht abgeschöpft werden sondern sogar noch ansteigen, nimmt der Druck zu, werden sie an irgendeiner Stelle durchbrechen und die nächste Katastrophe herbeiführen.

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?“, fragten Marx und Engels im Manifest: „Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert“.

Krisengewinnler

Die Millionäre dieser Welt haben die Krise gut überstanden. Sie sind heute reicher als je zuvor. Das geht aus dem jüngsten „Reichtumsreport“ von Merrill Lynch und Capgemini hervor. Zehn Millionen Menschen gibt es weltweit, die mehr als eine Million Dollar flüssig haben. Flüssig bedeutet: Sie haben das Geld übrig, der Betrag ist frei verfügbar, ihr luxuriöser Lebensstil ist bereits finanziert. Die Geldsumme kann jederzeit und überall investiert werden. Noch flüssiger, geradezu überflüssig sind die 93.000 Ultra-HNWs (die Ultra High Net Worth Individuals), zu deutsch die Super-Reichen. Sie haben mindestens 30 Millionen Dollar an liquiden Mitteln – über ein Fünftel mehr (21,5%) als im Jahr davor. Die zehn Millionen „einfachen“ Dollar-Millionäre sind in der Regel ebenfalls Multi-Millionäre. Sie verfügen über ein gesamtes Geldvermögen von 39 Billionen (39.000 Milliarden) Dollar, 18,9% mehr als 2008. Die Summe entspricht zwei Drittel (67,3%) des globalen BIPs. Pro Vermögenden sind es im Durchschnitt fast vier Millionen Dollar (3,9 Mio.)

Nachgetreten

Der CDU sind einige abhanden gekommen. Abgetreten. Alles habe seine Zeit, sagte Ole von Beust (CDU). Zeit auch für einen Nachtritt.

Ole in Hamburg trat zurück und verduftete nach Sylt.

Solche Rücktritte kosten die Öffentliche Hand schon einiges. Im April wurde von Beust 55 Jahre alt. Nach dem Hamburger Senatsgesetz ist er damit pensionsberechtigt. Wenn er aus dem Amt scheidet, bekommt er drei Monate lang ein Übergangsgeld, nämlich weiterhin sein volles Monatsgehalt von 13.577 Euro. Danach wird's für den „Frührentner“ weniger: 21 Monate lang bezieht er monatlich 6.788 Euro. Danach wieder mehr, viel mehr.

Hessens Roland Koch, der im Mai mitteilte, es gebe auch noch andere Dinge im Leben als die Politik, wird in drei Jahren 10.212 Euro monatliche Pension einstreichen. Außerdem behält er vorerst Büro und Sekretärin.

Horst Köhler, der ehemalige Bundespräsident, präsidierte vom 1. Juli 2004 bis zum 31. Mai 2010 - keine sechs Jahre. Er bekommt sein Gehalt weiter als „Ehrensold“: Das macht 16.583 Euro monatlich, bis ans Lebensende. Außerdem behält ein Ex-Präsident ein Büro in Berlin mit Leiter und Sekretärin sowie einen Dienstwagen mit Fahrer.

Jürgen Rüttgers (CDU), Nordrhein-Westfalens frisch abgewählter Regierungschef muss auch nicht darben. Er bekommt ein dreimonatiges Übergangsgeld, etwa 15.000 Euro monatlich, danach 21 Monate lang rund 7500 Euro. Und wenn das vorbei ist, bricht das nicht geringer dotierte Pensionärsdasein an.

Das sind die Leute, die „oben“ gern Sachen beschließen, die weiter unten vielen sehr weh tun.

Sozialwohnungen werden gesucht

Viele Menschen in Mörfelden-Walldorf suchen vergeblich eine Sozialwohnung. Es gibt nur noch ca. 650 davon und das ist zu wenig.

Ende April 2007 gab es noch rund 830 Sozialwohnungen in unserer Stadt. Davon gehörten knapp 200 der Kommune selbst, andere sind im Besitz der Nassauischen Heimstätten, der Baugenossenschaft Ried, der Hans-Reichhardt-Stiftung und anderer Träger.

300 bis 400 Menschen suchen derzeit in der Stadt eine öffentlich geförderte Unterkunft - aber nur 50 bis 60 freie Wohnungen stehen zur Verfügung. Vor allem für Einzelpersonen und große Familien gibt es zu wenig Wohnraum, denn 90% des Angebots sind kleine Wohnungen mit 60 bis 75 qm. Der Sozialwohnungsbau soll deshalb

forciert werden, heißt es in einer städtischen Mitteilung. Auch Bernhard Brehl (SPD) meint: „Der Wohnungsmarkt hat sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren vollkommen verändert. Zwar gibt es statistisch gesehen genug Wohnungen, doch die meisten davon können sich Menschen mit geringem Einkommen nicht leisten. Man hat sich in den letzten 15 Jahren aus dem sozialen Wohnungsbau herausgestohlen“. Das ist richtig!

Vergessen hat die SPD und auch der frühere SPD-Bürgermeister, dass sie alle Sozialwohnungsbau-Initiativen der DKP/LL-Fraktion in den letzten Jahren stets ablehnte.

Zum Haushaltsplan 2008 hieß es z.B. in einem DKP/LL-Antrag: „Die Stadt Mörfelden-Walldorf wird sich wieder

selbst beim Bau von Sozialwohnungen engagieren. Sie legt entsprechende Planungen bis zum Sommer 2009 vor.“

In der Begründung dazu: „Die Zahl der Räumungsklagen sind in den letzten Monaten gestiegen. Angesichts der Hartz IV-Folgen und der beginnenden Rezession wird sich diese Tendenz verstärken. Auch private Investoren wissen das und versuchen darauf zu reagieren. Künftig könnten statt städtische Darlehen an Bauherrengemeinschaften Geld zur Schaffung städtischen Wohneigentums verwendet werden. Angesichts der Entwicklungen auf dem „Finanzmarkt“ gewinnen kommunale Wohnungen an Bedeutung.“

Abgelehnt wurden diese Forderungen nur - jeder merkt es - weil sie von der DKP/LL kamen. Dran denken bei der nächsten Kommunalwahl!

Interesse?

Wer hat Lust am Wahlprogramm der DKP/Linke Liste mitzuarbeiten?

Wer interessiert sich für Parlamentsarbeit?

**Infos:
www.dkp-mw.de
GerdSchulmeyer@gmx.de**



Dringend gesucht

Von den jüdischen Geschwistern Max und Sara Reiß aus der Langstraße 37 in Walldorf ist noch kein Foto gefunden worden. Evtl. gibt es ein Gruppenfoto früherer Jahre oder auch andere Bilder, auf denen sie zu erkennen sind.

Wir bitten darum, in alten Familienbeständen nachzusehen, ob noch ein Foto existiert.

Dann bitte anrufen:
Telefon 22362 oder 23366 oder
info@dkp-mw.de

Gut, wir drucken monatlich den „blickpunkt“! Die SPD macht sich diese Arbeit nicht. Dafür haben sie z.B. andere Zeitungen. In der neuen „OZ aktuell“ kann man im redaktionellen Teil viele Artikel lesen: „Einsatz der SPD wirkt“, „Neuer SPD-Kreisgeschäftsführer“, „SPD schafft Praktikaplätze“ und ganz vorn, „Feierliche Einweihung der Okrifteiler“.

Dabei ein schönes Bild u.a. mit dem SPD-Fraktionssprecher Werner Schmidt (was hat er da eigentlich verloren?), der gerade am rotweißen Einweihungsplastikbandschnippelt.

Auf der vorderen Seite gibt noch eine große zentrale Anzeige der SPD die sich mit dem Sozialabbau der Schwarz-Gelben beschäftigt. Ja, und es stimmt alles was da steht. Aber die Anzeige ist trotzdem nur für Leute mit schlechtem Gedächtnis.

Die anderen wissen, was die SPD gemeinsam mit den Grünen und später mit der CDU in Berlin alles „verbrochen“ hat.

Steuergesetze für die Reichen - Armut für die anderen. Mehrwertsteuererhöhung, Hartz IV, Rente mit 67. Schröder beklagte die Mitnahme-Mentalität und Struck wollte die Freiheit am Hindukusch verteidigen.

In der Wählergunst sank die SPD auf 20% - aber jetzt geht's wieder los! Unter anderem mit Groß-Anzeigen in der OZ.

LINKE fordert Rehabilitierung von Kommunisten

Die Linksfraktion im Bundestag hat einen Antrag zur Anerkennung des Widerstandes von Kommunisten formuliert, die gegen die Nazi-Diktatur gekämpft haben. Noch immer wird diese Gruppe durch die bundesdeutsche Gesetzgebung politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt.

In den 1950er und 1960er Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 200.000 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten geführt. Noch immer ist die Anzahl der Verurteilungen nicht klar zu benennen. Es soll zwischen 7.000 und 10.000 mal „Recht“ gesprochen worden sein. Es reichte schon die Mitgliedschaft in einer Organisation, die im Verdacht stand, sich nicht genügend von der Kommunistischen Partei oder dem „Ostblock“ zu distanzieren.

Antikommunismus war Staatsdoktrin. Nicht selten standen daher Menschen, die gegen die Nazis gekämpft hatten, Juristen gegenüber, die dem Regime als willige Werkzeuge gedient hatten und ihre Kommunistenverfolgung nun fortsetzten. Die Folgen: Jobverlust und Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte.

Die Verurteilung als Anhänger der kommunistischen Ideologie hatte aber auch Auswirkungen auf mögliche Zuwendungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Danach war von der Entschädigung ausgeschlossen, „wernach dem 23. Mai 1949 die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat“.

Dieses ebenso ideologische wie pauschale Brandzeichen führte dazu, dass Menschen, die in vielfacher Weise und unter Lebensgefahr Widerstand gegen das Völker mordende Nazi-Regime geleistet haben, von üblichen staatlichen Leistungen ausgeschlossen wurden. Oft wurde von ihnen

sogar die Rückzahlung bereits erhaltener Zuwendungen gefordert.

Bis heute ist jede Form der Rehabilitierung für die so bestraften Kommunisten ausgeblieben. Die Linksfraktion verweist darauf, dass es 65 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes und 20 Jahre nach der staatlichen Einigung höchste Zeit ist, Anstand zu beweisen. Sie übermittelte den anderen Fraktionen einen entsprechenden Antragsvorschlag. Darin heißt es: „Die schwierige Aufarbeitung der bis heute einzigartigen Verbrechen Geschichte des NS-Regimes verlief auch in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung nicht ohne Brüche, Fehlentwicklungen und Versäumnisse.“

Parlament und Regierung hätten sich erst sehr spät zur Entschädigung für zahlreiche Opfer des NS-Terrorregimes entschlossen. Genannt werden Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Zwangssterilisierte und Euthanasiegeschädigte, als Juden verfolgte Menschen aus osteuropäischen Ländern, sowjetische Kriegsgefangene und die vielen deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, die aktiven Widerstand gegen das NS-Regime geleistet haben.

Als möglichen gemeinsamen Willen des Parlaments formulierte die Linksfraktion:

„Der Deutsche Bundestag ehrt in besonderer Weise die Leistungen der Frauen und Männer, die sich aktiv gegen das NS-Regime gewandt haben und in zahlreichen Fällen ihr Leben eingesetzt haben, um Widerstand gegen die Naziherrschaft in Deutschland zu leisten.

Ersieht diesen Widerstand gegen das Hitler-Regime in seiner Integrität als unteilbar an.“

Lesenswert!
„Unsere Zeit“
Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare:
Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
e-Mail: NeueImpulse@aol.com

Radweg im Gärtnerweg

Der vielgepriesene Umbau des Gärtnerweges hat auch Kritiker. Sie monieren den Radweg. Bei Straßeneinmündungen stolpert man immer mit dem Rad über einen ca. 2 cm hohen Bordstein. Etliche Radler benutzen daher die Autospuren. Bei den Sitzungen der Radwege-Arbeitsgemeinschaft gab es geharnischte Schelte ob diesen Zustands. Ein Vorschlag aus der Runde: die Kanten abzuschleifen, damit die "Nulllösung" entsteht. Und siehe da, es wurde nachgebessert. Leider sind der Stadt dadurch weitere Kosten entstanden.

US-Kriegsverbrechen

Die US-amerikanische Luftaufklärung schätzte im Juli 1945 ein, Japan stehe kurz vor der Niederlage. Am 9. Juli bat der japanische Botschafter in Moskau um Friedensverhandlungen.

Trotzdem startete am Morgen des 6. August 1945 der US-Bomber "Enola Gay" in Richtung Hiroshima. Ziel war angeblich die Industrie der Stadt. An Bord war eine Atombombe. Sie detonierte in 580 Metern Höhe über der Innenstadt. Sekunden später hatte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtdfläche zerstört. Feuer brachen aus. Noch in über zehn Kilometern Entfernung gingen Bäume in Flammen auf. Der Atompilz stieg bis in 13 Kilometer Höhe. 20 Minuten später folgte radioaktiver Niederschlag. Jene, die nicht gleich starben, fanden einen qualvollen Tod; Tage, aber auch noch Wochen und Jahre nach dem Bombenabwurf. Die Opfer waren vor allem Zivilisten. Drei Tage später traf eine zweite Atombombe Nagasaki.

Die Hiroshima-Bombe tötete etwa 92.000 Menschen sofort. In Nagasaki starben 75.000. Es ist ein bis zum heutigen Tag ungesühntes Kriegsverbrechen der USA.

Gewerbesteuer-schwankungen

Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle neben der Einkommensteuer für die Kommunen. Die Begehrlichkeit für diese Einnahme lässt ständig neue und größere Gewerbegebiete entstehen, ohne die Kosten für die Ausweisung, Planung und Infrastruktur dafür zu berücksichtigen. Für unsere Stadt muss man feststellen: Die Verschuldung wächst schneller als die Gewerbeansiedlung. Mit der Gewerbesteuer wird eine Stadt erpressbar. Die Steuerhöhe, unterschiedlich von Stadt zu Stadt, ist zum Spielball für's Gewerbe geworden. Beispiel: Die Frankfurter Börse zieht von Hausen, das zu Frankfurt zählt, ins benachbarte Eschborn, nur einige hundert Meter entfernt, und spart damit Steuern von einigen hundert Millionen Euro pro Jahr.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung war eine heiße Diskussion entbrannt wegen der Gewerbesteuer. Ein paar große Betriebe zogen von Mörfelden-Walldorf weg. Leerstände in etlichen Gebäuden, brachliegende Grundstücke. Die CDU versuchte den schwarzen Peter den Rathausverantwortlichen zuzuschieben. Sie hätten nicht genug getan um die Unternehmen in der Stadt zu halten. Von SPD- und Bürgermeisterseite war zu hören, dass nicht jeder Gewerbebetrieb willkommen sei. Speditionen z. B. haben wenig Beschäftigte, brauchen viel Platz, erzeugen viel Straßenverkehr und zahlen wenig Steuern. Zudem gehören die Immobilien Privaten und die Stadt hat kaum Möglichkeit einzugreifen. Also was soll die Diskussion? Es geht auf die Kommunalwahl zu!

In Berlin hegt man gar Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Ein Ausgleich für die Kommunen soll über die Erhöhung des Anteils an der Einkommensteuer gefunden werden. Doch wie gleicht der Bund die Mindereinnahmen aus? Wird dann doch die Mehrwertsteuer erhöht? R. D.

Marode Wasserleitungen im AHZ

Stellen Sie sich vor, in Ihrem Haus ist nach 15 Jahren die Wasserleitung derart defekt, so dass alle Leitungen ausgetauscht werden müssen. Im Altenhilfezentrum in Mörfelden ist dies der Fall. Die Zapfstellen für Heißwasser haben keinen Druck mehr, Bakterienbefall wurde festgestellt, so dass etliche Wochen nicht geduscht werden konnte.

Seitens der Stadt (Eigentümer des Hauses) wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, Vorschläge zur Abhilfe zu unterbreiten. Ein kompliziertes Verfahren soll künftig dezentral das heiße Wasser bereitstellen. Gesamtkosten entstehen von über einer Mill. Euro!

Das lässt erschrecken, doch die Stadtverordneten haben trotz Finanzmiserie einstimmig dafür votiert.

Wer oder was ist Schuld? Genannt werden verzinkte Rohre, deren raue Oberfläche Ablagerungen von Kalk begünstigen. Der Rohrquerschnitt wird immer dünner. Wegen der langen Wege im Haus und der relativ geringen Wasserentnahme steht das Wasser zu lange in der Leitung, womit die Verkeimung erklärt wird. Mit den neuen Wasserleitungen sollen diese Probleme nicht mehr auftreten. Fest steht allerdings, dass man sich seitens des Bauherrn damals verkalculiert hat. Denken Sie an das Bewegungsbad mit Sauna. Seit Jahren abmontiert/umgebaut; an die Außenverkleidung der Westseite, sie musste erneuert werden weil aus Holz. Aus Holz sind auch die Fenster und Türen, sie verziehen sich, Undichtigkeit entsteht. Zudem muss Holz gestrichen werden, was bei städt. Immobilien nur sehr selten geschieht. Denken Sie an die verwinkelte Außenhaut des Gebäudes, Flachdächer, begrünte Dächer, sie werden in Zukunft für hohe Unterhaltungskosten sorgen.

R. D.

Müllgebühren endlich senken

Zum Haushalt 2010 hatte die DKP/LL-Fraktion den Antrag „Müllgebühren teilweise zurück erstatten“ gestellt.

Wir forderten:

1. Fürs erste Quartal 2010 wird den Gebührenpflichtigen für die Abfallbeseitigung ein „Nullbescheid“ zugestellt. Die fälligen Gebühren werden aus der Gebührenrücklage entnommen.
2. Die Abfallgebühren werden neu kalkuliert und gesenkt, die Abfallgebührensatzung wird für 2010 neu gefasst.

In der Begründung hatten wir darauf verwiesen, dass die Müllgebühren in den letzten Jahren mehrfach angehoben wurden, da die Ausgleichsrücklage nahezu aufgebraucht sei. Die Gebührenaussgleichsrücklage Abfallbeseitigung steigt aber seit Jahren an und soll nach dem Haushaltsentwurf zum Ende 2010 fast 2 Millionen Euro betragen! Hier muss im Interesse aller Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, die für diese Gebühren aufkommen müssen, eine Entlastung erfolgen. Unser Antrag wurde von der SPD/Grünen Koalition abgelehnt und für das Frühjahr eine Magistratsvorlage angekündigt, die bis heute nicht vorliegt. Franz Urhahn will wohl eine Gebührensenkung als besonderes Bonbon möglichst kurz vor der Kommunalwahl 2011 präsentieren und das als "Sozialleistung" verkaufen.

Wir fordern die unverzügliche Senkung der Müllgebühren - und wir erinnern die Bürgerinnen und Bürger daran, wer die Gebührenerhöhungen betrieben und beschlossen hat: Der Bürgermeister und sein Erster Stadtrat mit ihrer Parlamentsmehrheit von SPD und Grünen! GS

Immer mal an den „blickpunkt“ denken!



Zahlen, bis es kracht

Von einem Energiekonzept ist in der Regierungskoalition schon längst keine Rede mehr. In Union und FDP dreht sich die Debatte nur noch darum, wie lange die 17 deutschen Atomkraftwerke (AKW) noch laufen sollen – und wie die Verlängerung der Laufzeit durchgesetzt werden kann. Nun kam ein neuer Vorschlag auf den Tisch: Die Energiekonzerne sollen die Erlaubnis zum Weiterbetrieb der AKW „ersteigern“.

Die Regierung könnte nach diesem Modell zusätzliche Laufzeiten in Strommengen umrechnen, die die Betreiber dann in kleinen Portionen ersteigern müßten. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) meinte, dies sei „ein interessanter Vorschlag, der eine ernsthafte Prüfung verdient“.

Die Versteigerungsidee ist ein „unanständiges Geschäft mit der Sicherheit“. Es wird immer offensichtlicher, daß es der Schwarz-Gelben-Koalition nicht um die Stromversorgung geht, sondern um die Extragewinne der vier Atomkonzerne und nun auch um die Sanierung des Bundeshaushalts. Zusammengefaßt heißt das: Je größer das Risiko, umso höher sind die Einnahmen des Staates.

Der Staat gäbe jegliche Einflußmöglichkeit auf.. Er räumt das Feld für die Atomindustrie.

Der erforderliche Umbau des gesamten Energiesektors kann aber nur durch staatliche Interventionen gesteuert werden.

Weniger Elterngeld für Geringverdiener

Die bekannt gewordenen Sparpläne aus dem Bundesfamilienministerium haben es in sich: Geringverdienern soll das Elterngeld demnach um bis zu 268 Euro gekürzt werden. Hoch bezahlte Arbeitnehmer müssen sich hingegen keine Sorgen machen. Sie erhalten auch weiterhin den Höchstsatz ohne Abstriche.

Das sogenannte Elterngeld galt als Lieblingsprojekt der vormaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). Demnach erhalten Müt-

ter oder Väter, die sich vorübergehend der Kindererziehung widmen, 67 Prozent des letzten Nettolohnes. Allerdings nur bis zu einer Höchstgrenze von 1.800 Euro und das auch nur für maximal 14 Monate. Das Elterngeld löste damals das Erziehungsgeld ab und sollte vor allem „fortpflanzungsscheue“ Akademiker dazu animieren, Nachwuchs in die Welt zu setzen. Hartz-IV-Bezieher, Geringverdiener und Alleinerziehende müssen hingegen seitdem mit einem schmalen Sockelbetrag von monatlich 300 Euro auskommen. Doch selbst dieses Almosen will ihnen die neue Familienministerin Kristina Schröder (CDU) nun streitig machen.

Bereits im Juni hatte sich das Bundeskabinett darauf verständigt, den Hartz-Müttern das Elterngeld von maximal 300 Euro voll auf den schmalen Regelsatz anzurechnen. Faktisch bedeutet das: Kein Elterngeld mehr für Langzeitarbeitslose. Doch damit nicht genug. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, plant das Bundesfamilienministerium offenbar, ab 2011 auch Geringverdienern das Elterngeld massiv zu kürzen.

Etikettenschwindel

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat die Regierung zu konsequentem Abbau von Subventionen und Steuergeschenken für klimaschädliche Branchen aufgerufen. So müssten beispielsweise Subventionen für den Flugverkehr sowohl aus ökologischen Gründen als auch zur Sanierung des Haushalts gestrichen werden.

Der Flugverkehr sei mit über 11 Milliarden Euro jährlich die am stärksten bezuschusste Branche in Deutschland und ein Musterbeispiel fehlgeleiteter Subventionspolitik. Der Luftverkehr wachse extrem und treibe den Klimawandel voran. Den Gesetzentwurf der Regierung für eine „ökologische Flugverkehrsabgabe“ ist laut BUND ein „Etikettenschwindel“.

Extrem klimaschädliche Langstreckenflüge würden dabei mit nur 26 Euro Ticketaufschlag im Verhältnis zu den innereuropäischen Flügen mit 13 Euro zu gering belastet.

LESERBRIEF



Die Rückseite der Rathaussanierung. Die Fenster an unserem Wohnhaus müssen zubleiben, morgens vor 7 Uhr werden Container gefüllt, überall Staub und Dreck. Wir leben auf der Baustelle mit sehr viel Lärm und manchmal fragt man sich schon, ob man das nicht etwas anders hätte organisieren können.

„Schöntag“ steht auf dem Baucontainer der direkt vor unseren Fenstern steht. Aber „Schöne Tage“ sind es nicht. Früher konnte man von hier bis auf die Langgasse schauen. Jetzt ist, wieviel Wochen noch, alles offiziell zugemüllt. Beiläufig, eine Information der Verantwortlichen über Dauer und Folgen der Umbaumaßnahmen erhielt ich bis heute nicht.

Roland Lang, Kalbsgasse

Bundesregierung kürzt Bafög

Die Bundesregierung hat ihr Versprechen, nicht im Bildungsbereich zu kürzen, gebrochen. Jetzt gilt: „Stipendien für Reiche werden subventioniert, die Erhöhung des Bafög für Hunderttausende Studierende dagegen aufgeschoben.“ Der Verzicht auf den Inflationsausgleich bedeutet de facto eine Kürzung des Bafög zum Wintersemester. Die Erhöhung des Bafög ist durch den Bildungstreik erkämpft worden. Es ist eine Provokation gegenüber der Schüler- und Studierendenbewegung, dass die Regierung das unsoziale Stipendienprogramm rettet, während die Bafög-Erhöhung ungewiss bleibt. Finanziell schwächere Schüler und Studierende sind damit eindeutig vom Sparkurs der Regierung betroffen.

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Konzerne zerstören Umwelt

Die Ölpest im Golf von Mexico ist ein Fanal für die hemmungslose Zerstörung der Ökosysteme durch die Öl-Multis. Eine neue Studie des UN-Umweltprogramms UNEP zeigt, dass BP kein Einzelfall ist. „Der Raubbau an der Natur durch die Wirtschaft setzt sich seit Jahren ungehindert fort“, sagte der Leiter des UN-Umweltressorts Achim Steiner bei der Vorstellung der Studie. Die 3000 bedeutendsten Konzerne verursachen dieser Studie zufolge jährlich einen Umweltschaden von annähernd 2000 Milliarden Euro. Bei ihrer Jagd nach Profit schenken die Unternehmen dem Arten- und Umweltschutz keine Beachtung. Mit der Folge, dass Wildnis, Arten, Lebensräume und Ökosysteme in

immer schnellerem Tempo verschwinden.

Im Jahr 2002 hatten sich 192 Länder beim Umweltgipfel in Johannesburg darauf verpflichtet, bis 2010 den Verlust der Artenvielfalt „global, regional und national“ zu bremsen. Mit der neuen Studie muss die UN nun einräumen, dass diese Ziele nicht erreicht werden. Täglich sterben bis zu 130 Arten aus, vernichten die Holzkonzerne Urwälder von der eineinhalbfachen Fläche der Schweiz, Moore werden trockengelegt, Flüsse in Betonbetten begradigt, die Oberfläche zu betoniert, Luft und Wasser verschmutzt. Jedes Jahr gehen zwölf Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche verloren. Wir, die wir hier leben, können auch mitreden. Wer sich die ungeheuren neuen Rodungen am Flughafen ansieht, spürt, wir alle tragen Verantwortung für eine Politik zu

sorgen, in der die Großbanken und Großkonzerne kontrolliert und entmacht werden.

„In vielen Konzernen gilt noch immer die Devise: Natürliche Ressourcen sind unerschöpflich“, warnen die Umweltexperten der UN. Sie kritisieren, dass nur zwei der hundert größten Konzerne der Welt den Erhalt der Ökosysteme als ein strategisches Ziel ihrer Unternehmenspolitik definieren. Generell gelte, dass die Nutzung des Ökosystems keinen Marktpreis habe. „Kosten für Umweltschäden tragen Versicherer, die Bevölkerung und Steuerzahler“, sagte der UN-Umweltchef.

Die DKP sieht die Notwendigkeit, dass die kapitalistische Produktionsweise überwunden werden muss, um eine umweltschonende und nachhaltige Produktions- und Konsumtionsweise zu erreichen.

„Die Krise ist Ausdruck dafür, dass die kapitalistische Produktionsweise an ihre natürlichen Grenzen stößt. Weil höhere Ressourcenproduktivität - wenn z.B. aus einer Tonne Stahl etc. mehr Gebrauchsgüter als vorher hergestellt werden - zu höherer Arbeitsproduktivität führt, setzen sich umweltschonende Technologien im Kapitalismus tendenziell durch. Aber deren ressourcenschonender Effekt wird durch das kapitalistische Produktionswachstum zunichte gemacht: Da die Verwertung des Werts der Selbstzweck des Kapitals und die wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das treibende Motiv kapitalistischer Produktion ist, kennt das Kapital kein Maß außer sich selbst und leugnet jegliche Grenzen. Die Folge ist die unaufhaltsam voranschreitende Zerstörung der Natur.

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise haben umweltschonendere Technologien bisher nicht dazu geführt - und werden auch nicht dazu führen -, dass der Verbrauch von Ressourcen und der Ausstoß von Abfall gesunken wäre. Die Steigerung der Ressourcenproduktivität hat die Naturzerstörung nicht gestoppt, weil das Produktionswachstum nicht gestoppt worden ist. Und dieses kann nicht gestoppt werden, solange die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise die wirtschaftlichen Prozesse bestimmen und jeden einzelnen Kapitalisten zwingen, sein Kapital fortwährend auszudehnen, den maximalen Profit zu erzielen und seine Produktion auf ständigerweiterter Stufenleiter fortzusetzen, um sein Kapital zu erhalten.

Das Kapital ignoriert - und muss in seinem systemimmanenten Streben nach Maximalprofit ignorieren -, dass wir auf unserem Planeten in einer endlichen Welt mit ihren objektiven Grenzen leben. Die Natur ist weder in der Lage, in ständig wachsendem Maße der Produktion die Rohstoffe zu liefern noch deren Abfälle aufzunehmen. Wie Marx prognostiziert hat: Die kapitalistische Produktionsweise untergräbt beide Quellen des sachlichen Reichtums: die menschliche Arbeitskraft und die äußere Natur.“ (DKP: Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit - Den Kapitalismus überwinden)

*Als die Aktien recht steil sanken
wollten wir der FRAPORT danken
oder gleich dem lieben Gott
der noch vor dem Sommerloch
trotz Puffier und Roland Koch
unsren Schlaf ganz ohne Not
ohne Ganznachtflugverbot
beinah noch gerettet hätte
jetzt bleibt uns nur das Nachtgebet
Müde sind wir ohne Ruh
Roland Koch kann nix dazu
nicht einmal der Ascheflug
die Krise war nicht stark genug
Wir beten um eine Erdenbeben
westlich vom Kreuz
Ach Kruzifix
wird das ein Leben*

*Denn erst wenn der Taunus stürzt
wird der Flugbetrieb verkürzt*

*Schon sahn wir die Fraport wanken
doch dank Rettung deutscher Banken
ja wir hattens schon erwartet
wird wieder pausenlos gestartet
der Landungslärm „gerecht“ verteilt
der Widerstand wird aufgekeilt
Hartmut Barth-Engelbart*

Viele solcher Texte, die HaBE AgitProvoLyrik nennt und bei seinen Widerstandslesungen bei Streiks, Demonstrationen, Blockaden zusammen mit den Leuten und für die Leute schreibt, fanden wir im ersten Band der "unter-schlag-zeilen / befreite worte / gebrochene reime / zur lage".
300 Seiten Texte und Fotomontagen / Grafik mit einem Vorwort von Ingrid & Gerhard Zwerenz, 15 €.
Zambon-Verlag FFM, ISBN 3-88975-107-5
Die Seite von Hartmut Barth-Engelbart:
www.barth-engelbart.de

Stadtgeschichten



Die „Sommerküche“ war in unserer Gegend bis Ende der 1950er Jahre hauptsächlich noch bei Familien üblich, die Landwirtschaft betrieben, ob hauptberuflich oder nebenberufsmäßig. Sie war ein Begriff, unter dem heute im Internet allenfalls Rezepte für die heißen Tage im Sommer zu finden sind. Die Sommerküche, manchmal auch gleichzeitig die Waschküche, war ebenerdig vom Hof aus zugänglich und so etwa von Mai bis Oktober in Betrieb. In dieser Zeit spielte sich darin am Tag größtenteils das Leben der Familien ab. Die Einrichtung war sehr einfach, ein Tisch mit ein paar Stühlen, ein alter Herd, eine Anrichte oder ein Regal für etwas Geschirr, allenfalls noch ein Wasserhahn mit einem sogenannten

Wasserstein als Abfluss, evtl. aber auch nur ein Eimer unter dem Hahn. Die Handtücher, aber auch Kittel und Schürze, hingen oft an der Wand oder wie auf dem Bild an der Tür. Die Wände waren weiß gestrichen, nicht selten aber auch, wie auf dem Foto zu sehen, unten mit abwaschbarer Ölfarbe und oben mit Leimfarbe farbig mit dem Lappen gewickelt. Oft stand auch der Kessel mit im Raum, in dem dann im Herbst, als Abschluss der Saison, die „Latweje“ (Zwetschgenmus oder Latwerge) gekocht wurde. Es war immer etwas zu tun. Das Vieh, Schwein, Ziegen, Hühner, bei größeren Landwirtschaften auch Pferd und Kuh, schrie nach Futter. Auf dem Foto, etwa Ende der 50er Jahre aufgenommen, sehen wir Frau Jakobine Vollhardt geb. Jourdan aus der unteren Waldstraße, wie sie sich an eine große Anzahl von Strümpfen heranmacht, um die Löcher zu stopfen. An Ausruhen war nicht zu denken, Fernsehen gab es noch nicht und zum Lesen war man oft zu müde.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

6 Stunden-Tag statt 6 Millionen Arbeitslose

UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name: _____

Nachname: _____

Telefon: _____ Geburtsjahr: _____

Straße: _____

PLZ / Ort: _____

CominPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
 Fax: 0201-22 88 282 • www.unsere-zeit.de

DKP **www.KOMMUNISTEN.EU**

www.dkp-mw.de

reinklicken!

Wohnung gesucht

Ich, männl., 51 J., NR, Arbeiter/Maschinist in Festanstellung suche 1-1½ Zi.-Wohnung in Mörfelden-Walldorf.

Zuschriften an die blinkpunkt-Redaktion

Unser Lexikon

Schbrisch

Kumm, des is gud genuch fer aan, der net recht gescheid is.